„Der Stab ist gebrochen“

Internationaler Währungsfonds und Europäische Union springen Griechenland mit Milliarden bei. Aber ist der Mittelmeerstaat überhaupt zu retten? Kann die griechische Wirtschaft die gewaltigen Schulden jemals in den Griff bekommen?

Einer der Retter Griechenlands ist klein, rundlich und 72 Jahre alt. Er heißt Leandros Rakintzis. Einst war er angesehener Verfassungsrichter beim obersten Gericht des Landes, dem Areopag. Seit 2004 leitet er eine für Griechenland bislang einmalige Behörde: Rakintzis ist Generalinspekteur für die öffentliche Verwaltung.

Sein Körper zuckt und bebt vor Vergnügen, wenn er von seinen Erfolgen und Entdeckungen berichtet. Zum Beispiel hat er entdeckt, dass Krankenhäuser übers Wochenende alte, pflegebedürftige oder verwirrte Eltern aufnehmen, weil deren Kinder sie schlicht einweisen, um ein paar Tage Urlaub machen zu können – was die Gesundheitskosten natürlich in die Höhe treibt. Und er berichtet vom Amt „Kopais“, benannt nach dem gleichnamigen See in der Nähe von Theben, das 1957 eingerichtet wurde. Es sollte die Trockenlegung des Sees vorbereiten, um dann den Bau von Straßen starten zu können.

Noch im selben Jahr, also vor nunmehr 53 Jahren, verschwand das Gewässer für immer. Aber selbst heute arbeiten dort 30 Beschäftigte. Kündigungen und Ruheständler wurden durch neue Kollegen ersetzt – und ordentlich entlohnt, mit bis zu 2500 Euro im Monat. Angeblich kümmern sie sich um Entwässerungsaufgaben, aber welche und wofür, das weiß niemand so genau.

Es sind teils unfassbare Geschichten, die der ehemalige Richter Rakintzis erzählt, und sie spielen in allen Teilen des Landes. So lebt die Behörde, die Thessaloniki, die zweitgrößte Stadt des Landes, im Jahre 1997 als europäische Kulturhauptstadt in Szene setzen sollte, immer noch munter vor sich hin. Angeblich beschäftigen sich die Mitarbeiter mit der Abwicklung und Abrechnung des Großereignisses – 13 Jahre danach.

Wie viele Leute dort arbeiten? „Das weiß ich nicht, das weiß noch nicht mal die Regierung“, sagt Rakintzis, und dann wiederholt er, fast ein bisschen drohend: „noch nicht“. Rund 4000 Ämter und Behörden dieser Art wollen Rakintzis und seine Leute jetzt überprüfen.

Neben ihm gibt es nun auch den IWF und die Beamten der europäischen Statistikbehörde Eurostat und Ökonomen aus aller Herren Länder, die Ordnung bringen sollen in die maroden Finanzen Athens. Akribisch suchen Rakintzis und die anderen nach den Löchern, in denen die griechischen Staatsgelder versickern.

Es ist eine Sisyphusarbeit, denn Rakintzis hat nur 30 Helfer zur Hand. Es gibt wohl kaum eine Behörde im grie-

11.02.2010 • ERSTE HILFSZUSAGEN DER EUROLÄNDER | 03.03.2010 • NEUES GRIECHISCHES SPARPAKET • GEWERKSCHAFTEN DROHEN MIT „SOZIALER EXPLOSION“ | 05.03.2010 • EIN WEITERES SPARPROGRAMM BEINHALTET

NIKOLAS GIAKOUMIDIS / AP

Straßenproteste in Athen am 5. Mai
„Nein zum Holocaust unserer Rechte"

Schulden-Odyssee

DER SPIEGEL

Griechische Staatsschulden 2009	**273,4 Milliarden Euro**
Schulden 2009 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)	**115,1 %**
Haushaltsdefizit 2009 in Prozent des BIP	**13,6 %**
Fällige Staatsanleihen bis Ende 2010	**16,2 Milliarden Euro**
Rendite auf Staatsanleihen mit 5-jähriger Laufzeit*	**13,01 %**
Rating der Agentur Standard & Poor's*	**BB+**

* Stand: 6. Mai 2010; Quelle: Eurostat, Bloomberg

chischen Staatsapparat, die mit so wenig Bediensteten so gewaltige Aufgaben zu stemmen hat.

Pro Einwohner hat Griechenland fünfmal mehr staatlich Bedienstete als beispielsweise Großbritannien. Der aufgeblähte Apparat verschlingt mehrere Dutzend Milliarden Euro im Jahr – Geld, das der griechische Staat nicht hat. Und eigentlich nie hatte. Das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands liegt nur unwesentlich höher als das von Hessen.

Jahr für Jahr hat sich die Regierung deshalb an den internationalen Kapitalmärkten frisches Kapital geliehen – und ebenso munter wie großzügig unter die Landsleute gebracht. Die Einführung des Euro hat das Schuldenmachen sogar noch erleichtert, denn mit dem Beitritt zu der Gemeinschaftswährung sanken die Zinsen, die Griechenland bezahlen musste, auf ein nie für möglich gehaltenes Niveau.

Nun aber ist die Blase geplatzt. Griechenland droht zum zweiten Fall Lehman zu werden – diesmal aber in einer neuen Dimension: Die 300 Milliarden Euro, die das Land an Schulden angehäuft hat, bedrohen die gesamte europäische Gemeinschaft.

Wenn Griechenland fällt, könnte es als Nächstes andere ökonomische Wackelkandidaten erreichen wie Portugal, Spanien oder Italien (siehe Seite 18). Und so bröckelt auch das philosophische Ideal einer politisch-kulturell geeinten EU-Familie allmählich.

Die neue europäische Frage lautet: Wie viele erwischt es noch?

Die Finanzmärkte jedenfalls haben ihr Vertrauen in die einstige Geburtsstätte der Demokratie verloren – und ohne die zugesagten Kredite von 110 Milliarden Euro aus anderen Ländern der Euro-Zone sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) müsste Griechenland spätestens am 19. Mai Insolvenz anmelden. Dann nämlich stehen 8,1 Milliarden aus einer zehnjährigen Anleihe zur Umschuldung an. Und das ist nur die erste von vielen Tranchen, die in den nächsten Monaten und Jahren fällig werden.

Dabei rettet die Staatengemeinschaft nicht mal den Nachbarn Griechenland, sondern vor allem die eigenen Banken: Mit 162 Milliarden Euro stehen die griechische Regierung und die Privatwirtschaft weltweit allein bei ausländischen Geldinstituten in der Kreide. Deutsche Banken sitzen auf 33 Milliarden Euro griechischer Anleihen.

Die Gläubiger müssten erkennen, dass die Ausleihungen nicht mehr einbringbar seien, sagt der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Ulrich Blum. „Der Stab über Griechenland ist damit eigentlich gebrochen."

Im Gegenzug für die Kredite soll die Regierung sparen – und, endlich, das gewaltige Haushaltsdefizit verringern, den Etat solide führen und die Schulden abtragen. Doch geht das überhaupt noch? Ist die griechische Wirtschaft zu solchen Rosskuren überhaupt fähig?

Konkret verlangen die Geberländer und der IWF weitere Lohnkürzungen bei den öffentlich Bediensteten, eine weitere Erhöhung des Rentenalters von 63 auf 65 Jahre.

Zudem soll nur noch ein Fünftel der freiwerdenden Beamtenstellen besetzt werden, und die Mehrwertsteuer steigt auf 23 Prozent, das ist der zweite Anstieg in diesem Jahr.

Dazu kommt der Zwang, entschieden gegen den Volkssport Steuerhinterzie-

STEUERERHÖHUNGEN, LOHNKÜRZUNGEN SOWIE DAS EINFRIEREN DER STAATLICHEN RENTEN

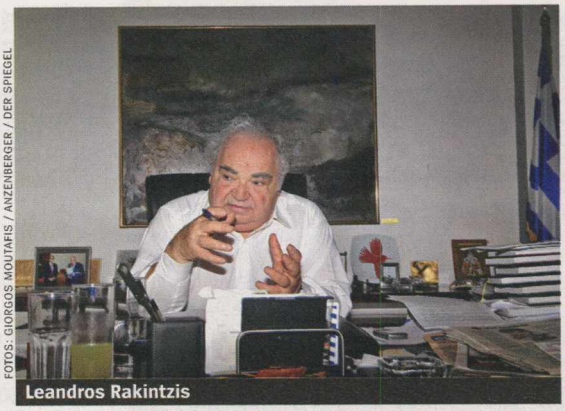
15.03.2010 • DIE EURO-FINANZMINISTER WOLLEN GRIECHENLAND GRUNDSÄTZLICH HELFEN, NENNEN ABER NOCH KEINE DETAILS

hung und die grassierende Korruption anzukämpfen.

Es sind drastische Maßnahmen, die den Griechen ihr letztes Geld nehmen. Geld, das dann wieder im Konsum fehlt, was die Wirtschaft weiter ausbremst.

Tausende demonstrieren mittlerweile jede Woche in Athen gegen die Sparmaßnahmen, vorige Woche schlugen die Kundgebungen in Gewalt um. Am Mittwoch starben drei Menschen bei einem Brandanschlag. Es waren Bankangestellte, darunter eine schwangere Frau. Demonstranten hatten einen Molotowcocktail durch das Fenster in ihre Filiale geworfen.

Die Bilder von Terror, Brand und Hass in den Straßen verunsichern die Welt. Der Glaube schwindet, dass die martialischen Einschnitte in die Besitzstände der Menschen politisch durchsetzbar sind. Und somit sinkt zugleich die Hoffnung, dass Griechenland seine Schulden je wieder wird zurückzahlen können.


Leandros Rakintzis

Jens Bastian

Yannis Stournaras

Naja Giannakitsa

FOTOS: GIORGOS MOUTAFIS / ANZENBERGER / DER SPIEGEL

FOTOS: D. MICHALAKIS / AG.

Beobachter der griechischen Krise: *Von der Agrargesellschaft zur Beamtenrepublik*

Die Zweifel sind berechtigt: Nach Ende des Hilfsprogramms wird das griechische Defizit immer noch bei mindestens 125 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Wie der Schuldenberg je abgetragen werden soll – das wissen allenfalls die Götter im Olymp.

Die Wirtschaft des Landes, darin sind sich fast alle Experten einig, kann diese Herkulesaufgabe jedenfalls nicht schultern. Sie wird es nicht schaffen, die geliehenen Milliarden auch nur ansatzweise zurückzuzahlen.

In den Zeitungen wird Griechenland gern als Handels- und Dienstleistungsgesellschaft beschrieben, aber das ist eine gewaltige Beschönigung. In Wahrheit hat das Land den Übergang von einer Agrargesellschaft zu einer Beamtenrepublik vollzogen.

Es gibt keine nennenswerte Industrie, keine Produkte, die weltmarktfähig sind, keine Forschung, die solche Produkte für die Zukunft erwarten lassen. 70 Prozent der griechischen Wirtschaft hängen vom privaten Konsum ab.

Selbst wenn die Milliarden aus Europa also fließen: Die Probleme des Landes sind damit längst nicht gelöst. Die hellenische Wirtschaft wird dadurch keineswegs wettbewerbsfähiger.

Denn mit den EU-Milliarden wird zwar für einige Zeit der Schuldendruck geringer, der auf den Griechen lastet. Doch mehr bringt das Geld nicht. Seit Mitte der neunziger Jahre steigt das Leistungsbilanzdefizit stetig an. Das Land führt also immer mehr ein, als es exportiert.

Ökonomen sehen darin eine grundlegende Wettbewerbsschwäche. „Die Griechen sind noch nicht einmal mehr im Tourismus wettbewerbsfähig“, moniert ein hoher deutscher Regierungsbeamter. „Der Standard liegt längst unter dem der Türkei, aber die Preise sind wie in Italien.“

Wo also soll die Energie herkommen, der Schwung, der es einem am Boden liegenden Land erlaubt, sich wieder aufzurichten? Niemand weiß es, zumal die Talsohle noch gar nicht erreicht ist. Das Sparprogramm, das der IWF der Regierung auferlegt hat, wird die Rezession weiter verschärfen.

Einer, der das deutlich spürt, ist Gerassimos Drimaropoulos. Mit Wehmut erinnert sich der 55-jährige Architekt an die „Jahre der Euphorie“, wie er sie nennt. Das war 2004 und 2005. Die Griechen hatten gerade erfolgreich die Olympischen Spiele gestemmt, was lange in Europa kaum jemand für möglich gehalten hatte. Auf der Woge des Erfolgs und des neuen Nationalstolzes investierte jeder, der es sich auch nur halbwegs leisten konnte, in Immobilien, vor allem in Häuser und Eigentumswohnungen.

Drimaropoulos plante und baute sie. Zusammen mit seiner Frau entwirft er vor allem Apartmenthäuser in attraktiver Küstenlage wie in Glyfada, einem Vorort südöstlich von Athen direkt am Hang über dem Strand mit privaten Yachthäfen und endlosen Badebuchten.

Viele Jahre war das ein einträglicher u krisenfester Job: Mehr als 70 Prozent der Griechen leben in eigenen vier Wänden. In guten Jahren versteuerte er rund 100 000 Euro, für griechische Verhältnisse gehörte sein Büro damit zu den erfolgreichen.

Im vorigen Jahr waren es nur noch knapp 30 000 Euro, Besserung ist nicht in Sicht. „So viele Arbeitsuchende wie in den letzten Monaten“ hätten bei ihm „noch nie“ an die Tür geklopft: Betonarbeiter, Maurer, Elektriker. Doch er kann sie nicht beschäftigen.

Für sein letztes Bauprojekt, ein Mehrfamilienhaus mit sieben Apartments in Voula, einem edlen Küstenvorort von Athen, hat er mittlerweile 150 Kaufgespräche geführt, keines erfolgreich. Drimaropoulos lebt von der Substanz. 2009 wickelte er nur Altaufträge ab, auch in diesem Jahr hat er bis vergangene Woche

18.03.2010 • MINISTERPRÄSIDENT PAPANDREOU WILL SICH AN DEN IWF WENDEN | 24.03.2010 • DER EURO FÄLLT GEGENÜBER DEM DOLLAR AUF DEN TIEFSTEN STAND SEIT MAI 2009 | 25.03.2010 • EU-GIPFEL:

noch keinen neuen Job an Land ziehen können.

Viele Griechen verstehen nicht, was da gerade mit ihrem Land passiert. Zwar signalisierten Umfragen zuletzt bis zu 80 Prozent Unterstützung für die radikale Reform des griechischen Filz- und Fakelaki-Staates. Doch der Protest auf der Straße sprach eine andere Sprache und erreichte mit über 100 000 Demonstranten vorige Woche eine neue Dimension.

Die Todesopfer könnten eine Zäsur im Kampf der Regierung gegen den Widerstand der Klientelgruppen sein.

In einer dramatischen Ansprache vor dem Parlament klagte Premierminister Georgios Papandreou die „Zeit der Verantwortung“ ein, „die haben wir alle zu übernehmen“. Es gebe „kein Recht auf Gewalt“, sagte der Regierungschef, „die ter werden gefasst werden und zur Re enschaft gezogen, sie werden keine politische Unterstützung erhalten“. Papandreou appellierte leidenschaftlich an die politischen Parteien und seine Landsleute, künftig enger zusammenzustehen.

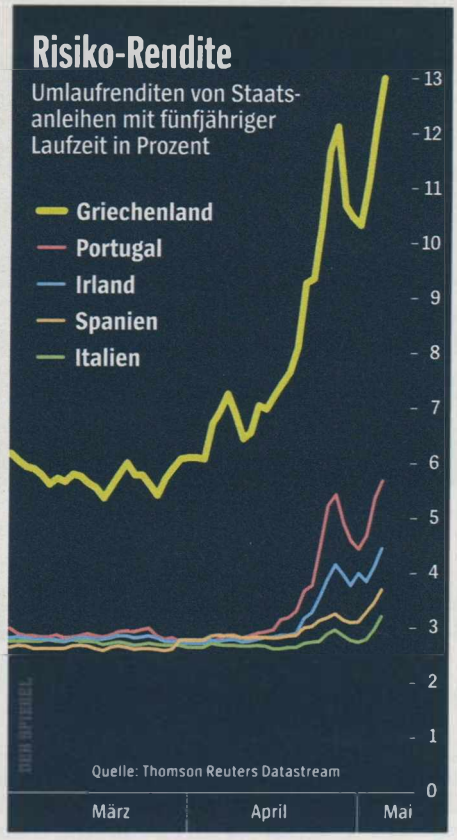
Möglicherweise wirkt der Schock der Todesopfer heilsam auf die Gegner der Regierung. Dann nämlich könnte Papandreou seinen schier aussichtslosen Kampf womöglich doch gewinnen, zumindest politisch.

Der Appell könnte wirken, glaubt auch der Wirtschaftswissenschaftler Jens Bastian. Der Ökonom lebt seit 13 Jahren in Athen und ist bei der Stiftung für Europäische und Außenpolitik Eliamep für Griechenland zuständig. „Durch die tragischen Ereignisse hat sich die Grundlage verändert“, glaubt der Wissenschaftler, jetzt sei „die Stunde der griechischen Demokratie“ gekommen.

Zumindest hat sich die Situation für e Gewerkschaften, die die Proteste anführen, schlagartig verändert. Während des Generalstreiks wurden sie von Passanten lautstark bepöbelt. „Warum streikt ihr?“, schimpfte ein Mann. „Ihr habt doch einen guten Job.“

Nikos Kioutsoukis ist einer der Demonstrierenden, einer der Bewahrer der teils absurden Privilegien der Staatsdiener. Der 46-Jährige vermag nicht einzusehen, dass sich sein Leben ändern muss – und ändern wird. Deshalb geht er auf die Straße, mit Abertausenden, denen es ganz ähnlich geht. Als Präsident der Eisenbahngewerkschaft sieht er aus wie das Ebenbild eines Polit-Intellektuellen.

Mit modisch schmaler Brille, schickem saloppem Anzug und Hemd mit offenem Kragen steht er in der ersten Reihe eines großen Pulks von Demonstranten und klammert sich mit seinen Nebenleuten an



ein riesiges Transparent. „Zig Milliarden für die Diebe“ steht darauf vorwurfsvoll in großen blauen und roten Lettern und „Nein zum Holocaust unserer Rechte“.

Kioutsoukis ist Techniker und hat sich über eine Ausbildungsmaßnahme des Arbeitsamts hochgearbeitet zum Mechaniker bei der griechischen Staatsbahn. Heute ist er einer der mächtigen Anführer im Kampf gegen die Regierung Papandreou und ihr radikales Sparprogramm, das einen Staatsbankrott verhindern soll.

Die Reformen „treffen und belasten ausschließlich Arbeitnehmer, Rentner und Pensionäre“, sagt der Gewerkschafter, „sie werfen uns um Jahre zurück“. Er erzählt von seiner Familie und seinen beiden Kindern, für die er künftig 30 Prozent weniger Geld zur Verfügung habe.

Mit einem Haushaltseinkommen von 2000 Euro netto im Monat könne er seine Familie „nicht ernähren“, klagt er theatralisch: „Die Regierung verlangt, dass ich eines meiner Kinder töte, damit ich überleben kann.“

Tatsächlich protestiert Kioutsoukis auf ausgesprochen hohem Niveau. Seine Eisenbahnergewerkschaft hat rund 6100 Mitglieder, die Bediensteten der Staatsbahnen, vom Schaffner über den Techniker und Verwaltungsbeamten bis zum Lokführer, sind zu 100 Prozent organisiert. Und sie verdienen im Schnitt rund 3300 Euro netto im Monat, also deutlich mehr als der Durchschnittslohn von 789 Euro.

Etliche der Eisenbahner, die 500 Lokführer zum Beispiel, liegen sogar noch deutlich darüber, sie kommen auf bis zu 7000 Euro netto. Berücksichtigt man die Lebenshaltungskosten in Griechenland, die laut Eurostat etwa zehn Prozent niedriger liegen als zum Beispiel in Deutschland, sind das wahrlich atemberaubende Gehälter.

Wie kann es sein, dass die griechischen Staatsbediensteten zu den bestbezahlten Arbeitskräften des Landes zählen, dass sie kündigungssichere Stellen haben – und zudem von wirklicher Arbeit weitgehend freigestellt sind? Wie kann es sein, dass 450 Ärzte lediglich 10 000 Euro als Jahresgehalt beim Finanzamt angegeben haben? Und wie kann es sein, dass so viele Menschen in Griechenland schwarzarbeiten, dass ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt laut Expertenschätzungen 25 Prozent beträgt? Und wie kann es sein, dass 8401 Griechen, wie der IWF nun herausgefunden hat, dem eigenen Land über 20 Milliarden Euro Steuern schulden?

In Wahrheit geht es bei der Frage, ob die Wirtschaft Griechenlands in der Lage ist, ihren Schuldenberg je abzutragen, vor allem auch um Gerechtigkeit. In einer Gesellschaft, in der jeder zusieht, wie sich der Nachbar, der Freund oder die Kollegin schamlos Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit verschaffen, kann die Wirtschaft nicht florieren.

„Wir sollten dem IWF dankbar sein, sein Reformprogramm ist das Beste, was uns passieren konnte“, sagt Yannis Stournaras. Das ist eine Meinung, die man in diesen Tagen in Athen eher selten hört, aber den Ökonomieprofessor scheint das nicht zu bekümmern.

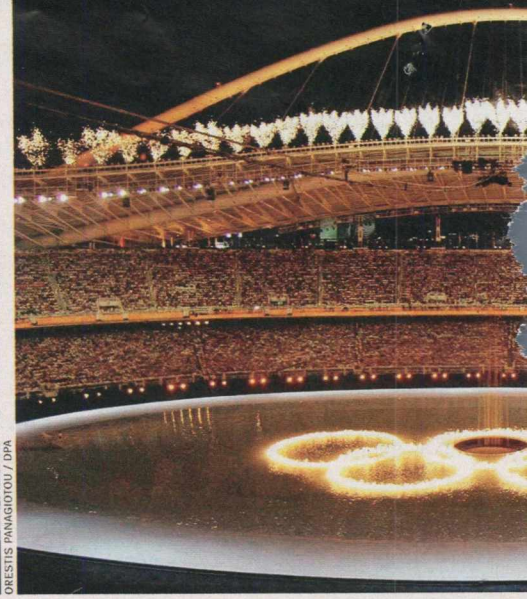
Stournaras hat jahrelang in Oxford gelehrt, bevor er 1986 nach Athen zurückkehrte. Neben seiner Lehrtätigkeit an der Uni steht er dem einzigen privaten Wirtschaftsinstitut vor, auf dessen Einschätzung man auch außerhalb Griechenlands etwas gibt.

Wenn man Stournaras länger zuhört, kann man fast wieder Hoffnung schöpfen, dass seine Heimat noch eine Chance hat, sich aus dem Schuldensumpf zu befreien. So wie er es sieht, warten seine Landsleute nur darauf, endlich aus dem Klauengriff des Staates befreit zu werden, der jede Eigeninitiative erstickt. „Griechenland ist wahrscheinlich eines der letzten Wirtschaftssysteme nach sowjetischem Vorbild“, sagt der Ökonom.

Tatsächlich gibt es kaum einen Berufszweig, der nicht strengen Regeln, Restrik-

EURO-LÄNDER BESCHLIESSEN PAKET AUS BILATERALEN KREDITEN UND IWF-HILFEN IM FALL EINER GRIECHENLAND-PLEITE | 11.04.2010 • EURO-FINANZMINISTER BESCHLIESSEN NOTHILFE VON 30 MRD. EURO FÜR GRIECHENLAND

Auto-Terminal im Hafen von Piräus: *Einer der Haupthandelspartner*



ORESTIS PANAGIOTOU / DPA

Olympiafeier in Athen 2004: *Geschäfte befeuert*

„Ein paar Millionen draufschlagen“

Wie die deutsche Industrie jahrzehntelang vom hellenischen Korruptionssystem profitiert hat

Misa und Fakelaki sind die beiden Schmierstoffe, die Griechenlands Wirtschaft geschmeidig halten. Fakelaki, den „kleinen Umschlag“, braucht man, wenn man vom Ärzten behandelt werden will oder Ärger mit dem Steuerprüfer hat.

Misa dagegen ist das Geld, das nicht mehr in einen kleinen Umschlag passt, eher in einen Koffer, oder das gleich auf ein Konto in irgendeiner Steueroase dieser Welt verschwindet. Ohne Misa – also Schmiergeld – kann bislang kaum ein ausländisches Unternehmen Geschäfte im Staate Hellas tätigen. Besonders Misa-anfällig: staatliche Großaufträge.

Oft fließen bei diesen Deals Millionen über Briefkastenfirmen in aller Welt zurück an Industrielle, Beamte, Militärs und die Politik – in den Büchern der Industrie zumeist deklariert als Provisionen für die Auftragsvermittlung. Und ganz vorn dabei im großen Misa-Monopoly: die deutsche Industrie.

Immerhin gehört die hiesige Wirtschaft zu den Haupthandelspartnern Griechenlands. Im vergangenen Jahr exportierte die Bundesrepublik Waren im Wert von 6,7 Milliarden Euro. Das Importvolumen lag bei nur 1,9 Milliarden. Doch mit welchen Mitteln wurde dieser gewaltige Überschuss erzielt?

Nach Ansicht der US-Börsenaufsicht SEC soll beispielsweise Daimler in den vergangenen Jahren Misa bezahlt haben, um Fahrzeuge an Griechenland zu liefern. Und selbst die Deutsche Bahn kam offenbar nur mit Hilfe von Schmiergeld beim U-Bahn-Bau im Vorfeld der Olympischen Spiele 2004 in Athen zum Zug. Dabei soll ein sechsstelliger Betrag über einen Berater an einen griechischen Entscheidungsträger geflossen sein. Transparency International bezeichnet Griechenland als eines der korruptesten Länder Europas.

Das Geschäft lohnt sich – auch mit Misa. „Wer bei einem staatlichen Auftrag schmiert, kann auf seine Marge noch mal ein paar Millionen oben draufschlagen“, sagt ein Fahnder, „die überhöhten Preise gehen ja zu Lasten der Steuerzahler.“

Der Mann muss es wissen, ermittelte er doch jahrelang in der Siemens-Korruptionsaffäre, bei der ein hoher zweistelliger Millionenbetrag in Griechenland versickert sein soll. Mit solchen Summen soll der Athener Statthalter des Multis bis zum Jahr 2006 die Geschäfte des Konzerns in Griechenland befeuert haben. Unter anderem ging es um Verträge mit der einstmals staatlichen Telefongesellschaft OTE, um Überwachungs- und Sicherheitstechnik im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2004 sowie bei U-Bahnen.

Insgesamt, das fanden die Ermittler bei der Aufarbeitung der Siemens-Affäre heraus, soll der Schmiergeldbedarf von Siemens Griechenland jährlich rund 15 Millionen Euro betragen haben. Allein für einen 500-Millionen-Euro-Rahmenvertrag mit OTE Ende der neunziger Jahre sollen 35 Millionen Euro Misa geflossen sein. Am Konzernsitz in München sprach man jahrelang voller Hochachtung von dem Athener Statthalter – kaum eine Landesgesellschaft hatte solch beeindruckende Zahlen geliefert.

Profitiert haben soll angeblich selbst die Athener Politik. Bis zu zwei Prozent des Umsatzes der Telefonsparte von Siemens Hellas sind nach Aussagen von beteiligten Managern an die beiden großen Parteien, die sozialistische Pasok und die konservative Nea Demokratia, gegangen. In Athen weiß man nie, welche Regierung wie lange im Amt ist. Beide Parteien haben jegliche Zahlung dementiert.

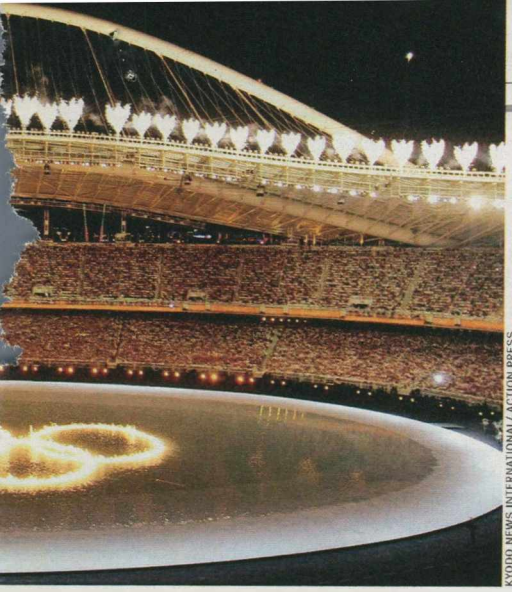
Ebenso toll wie Siemens trieb es in Griechenland offenbar die deutsche Rüstungsindustrie. Jährlich gibt Athen schätzungsweise drei bis vier Milliarden Euro für Waffenimporte aus – ein für die Größe des Landes irrwitziger Betrag. Größter Profiteur sind deutsche Waffenschmieden, die allein zwischen 2004 und 2008 rund ein Drittel der griechischen Wehrimporte lieferten. Gerade ermittelt die Münchner Staatsanwaltschaft, ob beim Verkauf von vier U-Booten alles mit rechten Dingen gelaufen ist.

Das Auftragsvolumen betrug fast drei Milliarden Euro, zwei Milliarden sollen – für solche Geschäfte ungewöhnlich – im Voraus gezahlt worden sein.

Den Argwohn der Fahnder beförderte die fragwürdige Zahlung an einen an-

19.04.2010 • RISIKOPRÄMIEN GRIECHISCHER STAATSANLEIHEN 4,82 PROZENTPUNKTE ÜBER VERGLEICHBAREN BUNDESANLEIHEN

22.04.2010 • GRIECHISCHES DEFIZIT ERNEUT KORRIGIERT: 13,6 %



KYODO NEWS INTERNATIONAL/ ACTION PRESS

lichen Berater des Geschäfts. So soll vor einigen Jahren ein Grieche beim Essener Mischkonzern Ferrostaal gemeldet und einen zweistelligen Millionenbetrag im Zusammenhang mit dem U-Boot-Deal gefordert haben. Ferrostaal trat damals zusammen mit der Thyssen-Krupp-Tochter HDW in einem Konsortium auf. Als die Essener nicht zahlen wollten, drohte der Mann mit Klage.

Letztlich traf man sich im Jahr 2006 zu einem Schiedsverfahren vor einem Zürcher Anwalt. Ferrostaal überwies kurz darauf elf Millionen Euro. Wofür, das will nun die Münchner Staatsanwaltschaft wissen, die gegen Top-Manager der Firma ermittelt. Auch der jüngst geschasste Ferrostaal-Chef Matthias Mitscherlich, der ebenfalls als Beschuldigter geführt wird, soll von der fragwürdigen Zahlung gewusst haben.

Inzwischen interessieren sich auch griechische Behörden für das U-Boot-Geschäft. Athener Ermittler gehen verdächtigen Zahlungen nach, die über Österreich, die Karibik, Liberia und Zypern abgewickelt worden sein sollen. Empfänger: bislang unbekannt.

Ein Paradebeispiel für solche Geschäfte ist der Verkauf von 170 Panzern, die Krauss-Maffei Wegmann (KMW) bis vor kurzem an die Griechen lieferte. Dafür sollte das Unternehmen 1,7 Milliarden Euro erhalten.

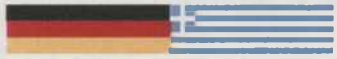
Bei solchen Deals fließen in der Regel Millionen für Beratungsleistungen. Was genau da beraten wird und warum die Firmen meist in Steueroasen sitzen, wird selten bekannt. Die geheimen Firmen gehören in der Regel griechischen „Vermittlern" – oft honorige Industrielle. Die, so besteht häufig der Verdacht, verteilen dann die Gelder an Entscheidungsträger.

Im Fall KMW gründete im Umfeld der Ausschreibung im Herbst 1999 ein griechischer Tycoon eine Briefkastenfirma auf der Karibikinsel Nevis. Die schloss zwei Verträge: einen Vermittlervertrag mit KMW und einen mit einer Evanston Group Ltd. auf den British Virgin Islands. Die sollte 60 Millionen Dollar erhalten – angeblich für die „Akquirierung von Offset-Möglichkeiten".

Wie sollte eine Briefkastenfirma in der Karibik diese Nebenleistungen in Athen vollbringen? Als die wegen ihrer „politischen Natur" streng geheim gehaltenen Vereinbarungen öffentlich wurden, begannen Fahnder in München zu ermitteln – vergebens, auf den Virgin Islands gewährte man ihnen keine Rechtshilfe.

In Griechenland befassten sich zwar die Staatsanwaltschaft Athen und ein Untersuchungsausschuss mit der Rolle von Politikern in dem Geschäft. Doch auch diese Ermittlungen verliefen im Sand. Kein Wunder in einem Land, in dem von den 450 wichtigsten Korruptionsfällen der jüngeren Vergangenheit keiner vor Gericht abgeschlossen wurde.

Sowohl KMW als auch Ferrostaal bestreiten ausdrücklich, jemals Schmiergelder für die jeweiligen Geschäfte gezahlt zu haben.



Deutsche Exporte nach Griechenland 2009

6,7 Mrd. €

Das sind **0,8** % des gesamten deutschen Exports.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Inzwischen hat der Rüstungskonzern alle 170 „Leopard 2"-Panzer an Griechenland ausgeliefert – doch von den Zahlungen sind noch 180 Millionen Euro offen.

Beim deutschen U-Boot-Konsortium kam seit dem Jahr 2005 das Geld nur noch tröpfchenweise an – hier bleibt der griechische Staat bis heute sogar 321 Millionen schuldig. Und auch Siemens wartet weiter auf 20 Millionen Euro aus dem Sicherheitstechnikauftrag zu den Olympischen Spielen.

Einige Rüstungsmanager haben sich daher an die Bundesregierung gewandt. Ihre Forderung: Wenn Deutschland den Griechen schon hilft, sollen die wenigstens mal ihre Schulden begleichen.

JÖRG SCHMITT

tionen und Zugangsbeschränkungen unterliegt. Die Lastwagenfahrer zum Beispiel. Irgendwann kam die Regierung auf die Idee, die Zahl der Lizenzen zu begrenzen und die Transporttarife im Land festzulegen. Heute ist es fast billiger, einen Lkw von Düsseldorf nach Athen zu schicken als von dort nach Thessaloniki.

Stournaras hat komplizierte Computermodelle durchlaufen lassen, um den ökonomischen Effekt einer Liberalisierung zu berechnen, wie sie der IWF nun von der Regierung verlangt. Bis zu 16 Prozent Wachstum hält er über die kommenden fünf Jahre in jenen Branchen für möglich, auf die bislang der Staat die Hand hält, vorausgesetzt, die Reformforderungen werden schnell und entschieden umgesetzt. Und wenn das nicht gelingt? „Dann wird Griechenland in die Steinzeit zurückkehren und dort bleiben."

Alles hängt jetzt davon ab, ob die Griechen das Reformprogramm annehmen. Und Männer wie Kostas Papantoniou haben es in der Hand, ob das Land im Chaos versinkt oder den Weg aus der Krise findet. Der 59-Jährige ist Vizepräsident der Beamtengewerkschaft Adedy und damit einer der mächtigen Schattenmänner, gegen die bis vor kurzem kein griechischer Politiker aufzustehen wagte. Er residiert in einem prächtigen Stadtpalais im Zentrum von Athen: Im aufwendig restaurierten Vestibül hängt ein großes Foto einer Mai-Demonstration, Papantoniou selbst residiert unter einem Foto des kubanischen Revolutionsführers Che Guevara.

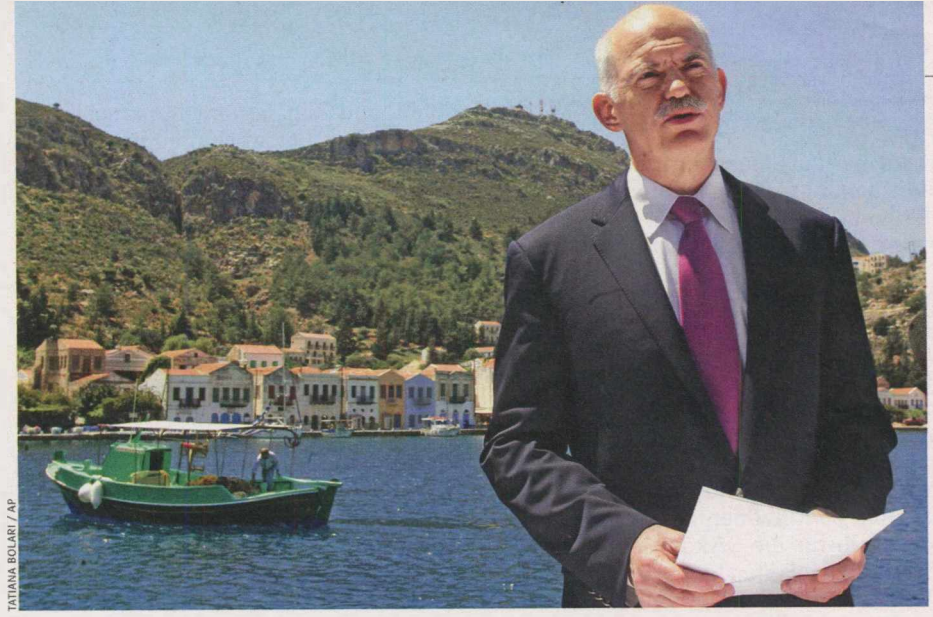
Papantoniou will die Regierung zwingen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um das Reformpaket noch einmal aufzuschnüren. Dafür kämpft er, dafür mobilisiert er seine Leute. Doch das fällt ihm immer schwerer.

Denn auf die alte Solidarität kann er sich nicht mehr verlassen. Zwar beschwört er in seinem Büro noch einmal die „breite Allianz der 90 Prozent hart arbeitenden Griechen" gegen die 10 Prozent an der Spitze, „die das Land kontrollieren", aber das sind die Töne der alten Zeit. Die Leute wissen genau, wie gut es den Staatsbediensteten im Vergleich zu ihnen geht, warum sollen sie also für deren Privilegien auf die Straße gehen?

So waren es am Mittwoch fast ausschließlich Gewerkschafter und Mitglieder der kommunistischen Partei, die sich in zwei großen Protestzügen auf dem Syntagma-Platz vereinten. Weiter unten, an der Basis, macht sich deshalb auch schon Resignation breit.

„Niemand weiß doch, wie es weitergehen soll", seufzt Naja Giannakitsa, seit

• WEITERE HERABSTUFUNG DURCH MOODY'S | 23.04.2010 • PAPANDREOU BITTET UM „AKTIVIERUNG DES HILFSMECHANISMUS" | 26.04.2010 • ERWARTETE HÖHE DEUTSCHER HILFSKREDITE: BIS ZU 8,4 MRD. EURO IN 2010



TATIANA BOLARI / AP

Regierungschef Papandreou*
„Zeit der Verantwortung“

25 Jahren Gymnasiallehrerin für Neugriechisch und seit ebenso langer Zeit treues Gewerkschaftsmitglied. „Alle fragen sich, wo ist bloß das ganze Geld geblieben? Niemand scheint eine Antwort zu haben.“

Insgeheim hat sich Giannakitsa längst damit abgefunden, dass ihr künftig die Zulagen gestrichen werden. Sie wird dann eben noch weniger in der Schule arbeiten und noch mehr Nachhilfestunden geben, irgendwie wird sie schon über die Runden kommen.

Der Sozialist Papandreou hat die Stimmung gegen die Staatsbediensteten und deren Vertreter erkannt – und spielt geschickt mit ihr. Schon um sein eigenes politisches Überleben zu sichern, will er das Schlaraffenland seiner Bediensteten zerstören und sich auch vom lautstarken Protest der Beamten, die an der Spitze der Widerstandsbewegung stehen, nicht von seinem Kurs abbringen lassen.

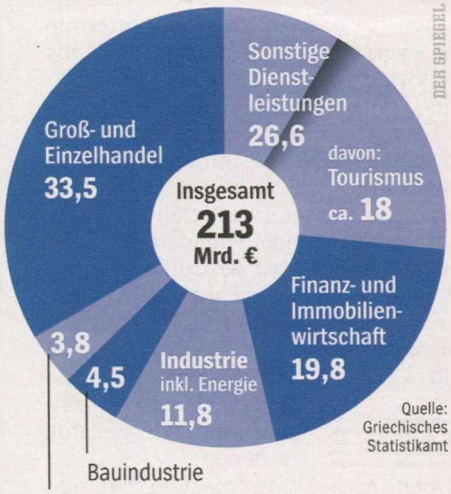
Der ehemalige Verfassungsrichter Rakintzis soll ihm den Weg dazu ebnen. Er versteht seine Aufgabe als „Krieg gegen die Korruption“. Um nichts anderes geht es in Griechenlands Öffentlichem Dienst, und Premier Papandreou spricht fast täglich davon.

Politiker versorgen ihre Helfer und Unterstützer, Väter ihre Familienmitglieder, Behördenchefs ihre Günstlinge. Nach Regierungswechseln wurden jedes Mal Tausende Beamte und Angestellte neu eingestellt, ohne alte zu kündigen. So geht das seit Jahrzehnten, und niemand nahm bislang richtig Anstoß daran, solange nur die eigenen Aussichten auf einen Job groß genug blieben.

Einmal drin hieß: immer drin. Man hatte ausgesorgt.

Rakintzis meint nicht nur Schmiergeld. Er meint auch Amtsmissbrauch, Verschwendung und Bereicherung, Filz und kleine finanzielle Gefälligkeiten, die sogenannten Fakelaki oder „Beschleunigungsgelder“. Und er beklagt die mangelhafte Effizienz vieler Behörden, deren tieferer Sinn häufig selbst den Oberen in der Führung verborgen bleibt.

Griechische Bruttowertschöpfung
2009 nach Branchen, in Prozent



„Die Kommunen stellen Personal ein, das sie nicht brauchen“, sagt Rakintzis, sie unterlaufen Ausschreibungen zu Projekten, deren Sinn oft schwer nachvollziehbar ist. „Alle Kommunen sind defizitär“, sagt der Ex-Verfassungsrichter.

Deshalb will Papandreou noch im Sommer seine große Kommunalreform „Kallikratis“ verabschieden, für die Rakintzis die Vorarbeiten geleistet hat. Die Zahl der Kommunen soll von 1034 auf nur noch 370 gesenkt werden, die Zahl der kommunalen Unternehmen auf zwei pro Kommune beschränkt werden. Derzeit gibt es noch etwa 6000 solcher Institutionen. Doch das soll sich ändern. Rakintzis: „Das ist ein gigantischer Fortschritt und ein guter Neuanfang.“

Zudem will der Regierungschef mit Rakintzis' Hilfe gnadenlos Behörden und Ämter schließen, die keine Aufgaben und keinen Sinn haben, mit Mitarbeitern, die nichts tun, dafür aber seit Jahren gut bezahlt werden. Die Regierung will hart bleiben und gnadenlos Schluss machen mit solchen Luftnummern.

Es ist also viel angeschoben in Athen. Doch ob das reicht, ist fraglich. Es gebe „ein Gefühl der Erschöpfung in vielen Teilen der Gesellschaft“, sagt der Ökonom Bastian, die Menschen seien „müde“. Das wird in seinen Augen zwar dazu führen, dass die Proteste abebben, aber wie soll eine müde Mannschaft so einen schweren Karren aus dem Dreck ziehen?

Thorsten Polleit, der Chefvolkswirt von Barclays Capital Deutschland, hat sich die Frage nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit Griechenlands gar nicht gestellt. Er zweifelt an dem Willen der Griechen, ihre Schulden abzuzahlen. „Warum sind Menschen bereit, Steuern zu bezahlen, obwohl der Finanzminister die zu einem großen Teil für Zinsen von Schulden verwendet, die die Bezahlenden gar nicht verursacht haben?“, fragt er.

Die Antwort liefert der Ökonom gleich nach. „Wir tun es, weil wir davon profitieren“, sagt Polleit. Denn nur wenn die Zinsen bezahlt werden, kann der Staat neue Kredite aufnehmen. Nur dann dreht sich das Schuldenkarussell weiter, von dem wir alle profitieren.

In Griechenland aber sind die Zinsen und der Schuldenstand mittlerweile so weit gestiegen, dass die Kosten für den laufenden Betrieb des Lebens auf Pump schlichtweg zu teuer werden.

Die Menschen haben das Gefühl, nicht mehr von immer neuen Schulden profitieren zu können – ganz egal, ob sie die Zinsen bedienen oder nicht. „Damit aber ist der politische Anreiz weg, die Sparbemühungen auch umzusetzen“, sagt Polleit.

Und was für ihn noch schwerer wiegt: Ein Großteil der griechischen Staatsschulden liegt außerhalb der Landesgrenzen – „und damit bei Nichtwählern“.

FERRY BATZOGLOU, MANFRED ERTEL, JAN FLEISCHHAUER, WOLFGANG REUTER

* Bei der Bekanntgabe seines Hilfeersuchens an die EU am 23. April auf der Insel Kastellorizo.

27.04.2010 • HERABSTUFUNG DER BONITÄT DURCH STANDARD & POOR'S AUF BB+

02.05.2010 • NOTHILFEPLAN STEHT: GRIECHENLAND ERHÄLT BIS 2012 110 MRD. EURO VON EURO-LÄNDERN UND IWF

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir müssen das Biest aushungern“

Der New Yorker Ökonom Nouriel Roubini über die sich global ausbreitende Staatsschuldenkrise und die Folgen der Griechenland-Hilfe, die Zukunft des Bankensystems und seinen Auftritt im zweiten Teil des Kinofilms „Wall Street“

SPIEGEL: Professor Roubini, Sie werden im Herbst in der Fortsetzung von „Wall Street“ im Kino zu sehen sein. In welcher Rolle denn?

Roubini: Ich spiele mich selbst. Es gibt eine Szene, unmittelbar nach der Lehman-Pleite, da werde ich von einem Fernsehsender als „Dr. Doom“, also „Dr. Untergang“, interviewt und äußere meine Sorgen über die Zukunft des globalen Finanzsystems.

SPIEGEL: Wie kam es zu der Zusammenarbeit mit dem Regisseur Oliver Stone?

Roubini: Wir haben uns ein paarmal getroffen und über die Finanzkrise geredet. Er hat auch einmal eine Veranstaltung meiner Firma besucht, er wollte Hedgefonds-Manager kennenlernen. Ich war aber nicht formell sein Berater und habe ihm bloß einige Ratschläge gegeben. So kam ich eher zufällig zur Rolle des „Dr. Doom“.

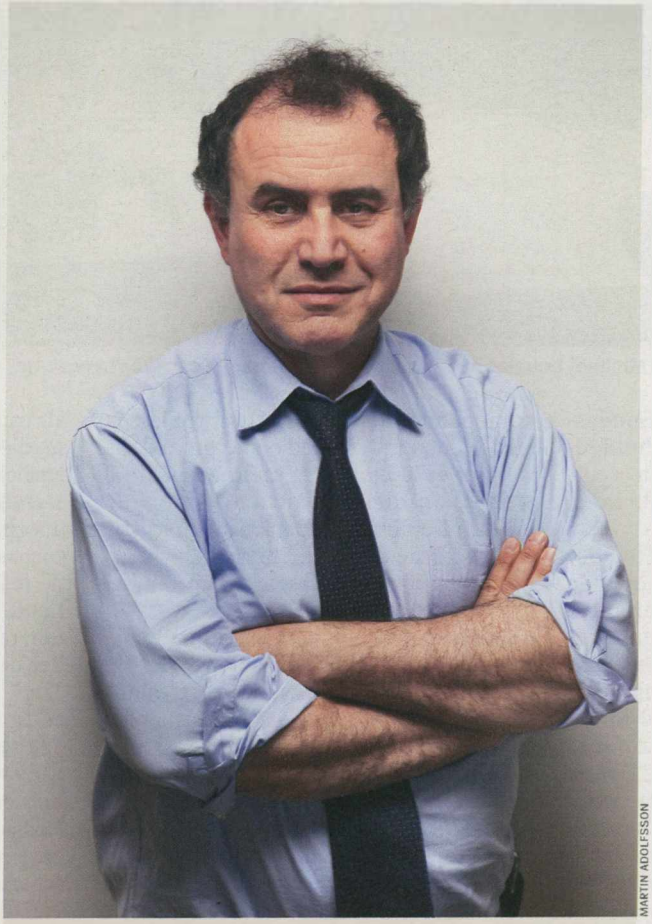
SPIEGEL: Diesen Spitznamen haben Sie verpasst bekommen, weil Sie bereits früh vor einer Finanzkrise gewarnt haben, als viele andere Ökonomen noch Optimismus versprühten. Sehen Sie denn heute die Zukunft der Weltwirtschaft immer noch so schwarz?

Roubini: Um das mal klarzustellen: Ich bin nicht notorisch negativ. Ich bemühe mich lediglich, die Dinge zutreffend einzuschätzen. Wenn ich mir aber die ökonomische Situation in der Welt anschaue, sehe ich auch gegenwärtig wieder viele dunkle Wolken am Himmel.

SPIEGEL: Der Internationale Währungsfonds (IWF) kommt aber zu dem Schluss, dass die Konjunktur weltweit wieder an Fahrt gewinnt und dieses Jahr um mehr als vier Prozent wächst. Muss Dr. Doom nicht einpacken und Dr. Boom Platz machen?

Roubini: Ich bin Realist. Ich kann nur in wenigen Staaten Aufhellungen erkennen, etwa in China, Indien oder Brasilien. Aber sonst? Die USA erleben einen blutleeren Aufschwung. Japans Wirtschaft liegt gleichsam im Koma. Und Europa droht der sogenannte Double-Dip: Der Kontinent ist in Gefahr, erneut in die Rezession zurückzufallen. Schon vor dem Griechenland-Schock waren die Wachstumsaussichten in der Euro-Zone bescheiden, jetzt aber liegen sie bei null.

SPIEGEL: Wie groß schätzen Sie denn die Gefahren ein, die von Griechenland ausgehen?



MARTIN ADOLFSSON

Nouriel Roubini
gilt als der Prophet der Finanzkrise: Schon vor vier Jahren warnte er vor den Gefahren für Banken und Volkswirtschaften. Roubini, 52, wurde in Istanbul als Sohn iranischer Juden geboren und wuchs in Iran, Israel und Italien auf. Seit 1995 arbeitet er als Ökonomieprofessor an der New York University. Daneben betreibt er eine Beratungsfirma mit 80 Mitarbeitern, die Kunden aus der Finanzindustrie ökonomische Analysen anbietet.

Roubini: Heute sorgen wir uns um Griechenland, aber Griechenland ist nur die Spitze des Eisbergs. Allmählich geraten auch Staaten wie Großbritannien und Irland ins Visier der Spekulanten. Selbst Japan und den Vereinigten Staaten wird die horrende Staatsverschuldung noch ernste Probleme bereiten, vielleicht noch nicht in diesem Jahr, aber bestimmt später, wenn nichts dagegen unternommen wird. In den USA stehen Bundesstaaten wie Kalifornien, Nevada, Arizona, New York oder Florida vor gewaltigen fiskalischen Herausforderungen. Mir bereiten diese enorm wachsenden Haushaltsdefizite und Staatsschulden die größten Sorgen.

SPIEGEL: Ist es denn richtig, dass der IWF und die Euro-Staaten Griechenland 110 Milliarden Euro an Krediten und Garantien zur Verfügung stellen?

Roubini: Damit verschiebt man das Problem nur ins kommende Jahr. Ich fürchte, Griechenland hat nicht nur Liquiditätsprobleme, sondern ist bankrott. Es hilft nicht, viel Geld in ein insolventes Land zu pumpen und ihm gleichzeitig harte Schnitte aufzuerlegen. Wenn Griechenland die Steuern erhöht und die Ausgaben senkt, dann wird es dadurch nicht automatisch wettbewerbsfähiger. Im Gegenteil, das Land verliert Marktanteile, die Arbeitslosenquote steigt, es kommt zu sozialen Unruhen. Das löst aber nicht das Schuldenproblem, sondern macht alles nur schlimmer. Wir brauchen einen Plan B.

SPIEGEL: Und wie soll der aussehen?

Roubini: Es ist notwendig, eine Umschuldung in Angriff zu nehmen, bevor der Staatsbankrott eintritt. Wir müssen in einem geordneten Verfahren zu einer Lösung zwischen Gläubigern und Schuldner kommen. Gleichzeitig sollten auch für andere fragliche Euro-Länder wie Portugal und Spanien Pläne ausgearbeitet werden, wie sie ihre Haushalte konsolidieren können.

CINETEXT

Filmausschnitt aus „Wall Street" mit Michael Douglas 1987: *„Krisen sind keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel"*

SPIEGEL: Glauben Sie, dass die Bundesregierung zu einem solchen Schuldenschnitt bereit wäre? Das würde die deutschen Finanzinstitute erneut Milliarden kosten.

Roubini: In der Tat wird ein Großteil der griechischen Schulden von ausländischen Finanzinstituten gehalten, die vor allem in Frankreich, der Schweiz und in Deutschland ihren Sitz haben. Sie werden auf einen Teil verzichten müssen. Aber es ist schon zu viel Zeit damit verlorengegangen, dass man die Krise in Griechenland einfach geleugnet hat. Wenn ein solcher Plan B nicht bald erarbeitet wird, besteht die Gefahr eines Dominoeffekts. Dann könnte sich die Krise sehr schnell auf Länder wie Portugal oder Spanien ausbreiten. Das würde am Ende den Euro sprengen.

SPIEGEL: Hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Entwicklung verschlimmert, weil sie nicht schnell genug auf die Krise reagiert hat?

Roubini: Ja, die Europäische Union hat teilweise auch wegen des politischen Widerstands aus Deutschland einige wertvolle Monate verschwendet. Die deutsche Innenpolitik und die wachsende Skepsis über die Währungsunion haben die Reaktion verzögert, das hat den Bemühungen geschadet, die Griechenland-Krise einzudämmen.

SPIEGEL: Sehen Sie es denn als Fehler, überhaupt eine Europäische Währungsunion geschaffen zu haben?

Roubini: So weit würde ich nicht gehen, Es war wohl fahrlässig, so viele Länder schon so früh als Mitglieder zuzulassen. Gäbe es nur einen kleinen Kern von Euro-Ländern, wäre das Gebilde sicher homogener und stabiler. Das Problem ist nur: Wenn ein Mitglied erst einmal dabei ist, gibt es keinen Weg mehr zurück.

SPIEGEL: In diesen Wochen kämpft die Welt mit einer Schuldenkrise, zuvor beschäftigte sie die Bankenkrise, davor die Immobilienkrise. Müssen wir uns an Krisen gewöhnen?

Roubini: Ich fürchte, ja. In meinem neuen Buch zeige ich, dass Krisen ein fester Bestandteil des kapitalistischen Genoms sind*. Sie sind keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel. Genau die Faktoren, die dem Kapitalismus seine Vitalität verleihen, nämlich seine Innovationskraft und seine Risikotoleranz, können auch katastrophale Zusammenbrüche auslösen. Was wir jetzt erleben, bietet nur einen Vorgeschmack dessen, was uns noch bevorsteht.

SPIEGEL: Das klingt ja, als wären Krisen unabwendbar, beinahe schicksalhaft.

Roubini: So ist es nicht. Aber immer wenn Geld billig ist, Kredite einfach zu haben sind und die Aufsicht lax ist, dann sind die typischen Bedingungen für das Entstehen einer Krise vorhanden. Das kommt in der Geschichte ständig vor, und es wird wieder geschehen. Krisen werden vermutlich noch häufiger auftreten als bisher.

SPIEGEL: Sehen Sie ein Muster, wie die dann ablaufen?

Roubini: Es beginnt immer mit übertriebenen Hoffnungen, wie sich Vermögenswerte entwickeln, seien es Aktien oder Immobilien. Wenn sich diese Hoffnung als trügerisch erweist, dann platzt die Blase, die Vermögenswerte schrumpfen, und zurück bleiben die Schulden.

SPIEGEL: Aber wie kann man eine Blase überhaupt als solche erkennen?

Roubini: Das ist in der Tat schwer. Ich werde jedenfalls immer hellhörig, wenn die Leute allzu begeistert sind und behaupten, diesmal sei alles anders, so wie Ende der neunziger Jahre, als Bücher mit dem Titel „Dow 36 000" schier unbegrenzte Aktienzuwächse versprachen.

SPIEGEL: Derzeit fließt sehr viel Geld in Rohstoffe wie Öl oder Kupfer. Wächst hier eine neue Blase?

Roubini: Das könnte durchaus sein. Denn eigentlich ist die Nachfrage hier eher schwach, die Lager sind voll. Es ist eben viel Geld da, das nach Anlagemöglichkeiten sucht. Das ist ja das generelle Problem: Wir haben uns entschieden, die Welt mit Geld zu überschwemmen, um die Volkswirtschaften zu stabilisieren. Nun laufen wir Gefahr, dass wir damit neue Übertreibungen zulassen und dieselben Fehler machen wie zuvor.

SPIEGEL: Aber was wäre die Alternative zu den Konjunkturprogrammen und den Liquiditätsspritzen der Zentralbanken gewesen? Mit der harten Marktlösung wäre die Weltwirtschaft womöglich in der Depression versunken.

Roubini: Das ist richtig. Nur müssen wir aufpassen, dass wir nicht zu lange in diesem Modus fahren. Wir riskieren sonst, dass wir all diese Zombie-Banken, Zombie-Unternehmen und Zombie-Staaten am Leben erhalten, die besser pleitegehen sollten. Schauen Sie sich die Finanzbranche an: Die Bankenindustrie ist noch größer und noch wichtiger geworden, und

* Nouriel Roubini, Stephen Mihm: „Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft. Crisis Economics". Campus Verlag, Frankfurt am Main; 472 Seiten; 24,90 Euro.

die Politik hat sie sogar dazu noch gedrängt: Die Bank of America hat Merrill Lynch geschluckt und JPMorgan Chase vorher schon Bear Stearns. Nun haben wir riesige Institute, die sich jetzt erst recht denken müssen: Lasst uns ruhig etwas Waghalsiges tun, im Zweifel wird uns die Politik wieder retten. Alles hat am Ende mit dem Problem des „too big to fail" zu tun ...

SPIEGEL: ... Banken, die so komplex und wichtig für das Finanzsystem sind, dass man sie nicht untergehen lassen kann. Was soll mit ihnen geschehen? Wollen Sie die zerschlagen?

Roubini: Warum nicht? Wir müssen das Biest namens Wall Street aushungern. Die Politiker glauben, man könnte, wenn es wieder hart auf hart kommt, so einen Bankenriesen kontrolliert runterfahren. Aber wie will man in der Hitze einer Krise einen global operierenden Finanzriesen wie Goldman Sachs oder Morgan Stanley einfach dichtmachen? Das wäre zu riskant, und am Ende würde es doch wieder eine Rettung durch den Steuerzahler geben.

SPIEGEL: Wie findet man denn heraus, ob eine Bank bereits eine gefährliche Größe erreicht hat?

Roubini: Da gibt es eine Reihe von Maßstäben: der Umfang der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zum Beispiel oder wie viel Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz versteckt sind oder wie wichtig das Institut für den Zahlungsverkehr ist. Letztlich ist es gar nicht so schwer, die Kandidaten zu ermitteln.

SPIEGEL: Die Vorschläge für eine Finanzmarktreform von US-Präsident Barack Obama sehen unter anderem vor, dass bestimmte Banken keinen Eigenhandel und keine Hedgefonds mehr betreiben dürfen. Reicht Ihnen die geplante sogenannte Volcker-Regel, benannt nach dem Ex-Zentralbankchef Paul Volcker, nicht aus?

Roubini: Das ist ein guter Anfang, ich denke da aber radikaler. Das Modell eines Finanzsupermarkts hat sich doch als Flop erwiesen. Ein Institut, das unter demselben Dach Investmentbanking, Hedgefonds, Versicherungen und noch vieles mehr anbietet, ist doch nicht mehr zu managen. Kein Vorstandschef hat da noch den Überblick. Das muss künftig alles getrennt werden: Wenn es viele Finanzinstitute gibt, die unterschiedliche Dienste anbieten, ist keines groß genug, um für das System gefährlich zu werden.

SPIEGEL: Vor fast hundert Jahren hat die US-Regierung Standard Oil zerschlagen – mit dem Ergebnis, dass aus den Einzelteilen noch größere Konzerne entstanden sind.

Roubini: Was ich fordere, gab es ja schon einmal: Bis vor zehn Jahren existierte mit dem Glass-Steagall-Gesetz eine Art Brandmauer zwischen Geschäfts- und Investmentbanken. Das hatte sich bewährt.

SPIEGEL: Was ist für die Reform der Finanzmärkte noch nötig?

Roubini: Wir müssen beispielsweise den Prozess der Verbriefung von Krediten strenger regulieren und den Derivatemarkt transparent machen. Wir müssen das Vergütungssystem von Bankern so verändern, dass sie langfristige Interessen der Unternehmen im Auge behalten. Und wir müssen die Rating-Agenturen zwingen, ihr Geschäftsmodell zu verändern: Es kann nicht sein, dass sie von den Unternehmen bezahlt werden, deren Bonität sie prüfen.

SPIEGEL: So weitreichende Reformen wirken utopisch.

MARTIN ADOLFSSON

Roubini beim SPIEGEL-Gespräch*

„Was wir jetzt erleben, bietet nur einen Vorgeschmack"

Roubini: Ich erwarte auch nicht, dass sich meine Vorschläge alle sofort durchsetzen können. Wir werden wohl bis zur nächsten großen Krise warten müssen, bis endlich über drastischere Maßnahmen nachgedacht wird. Ich fürchte nur, dass die nächste Krise noch schlimmer wird. Dann werden womöglich Globalisierung, Freihandel oder die Marktwirtschaft insgesamt in Frage gestellt. Dann wird es noch mehr Schäden geben, was Vermögenswerte oder Arbeitsplätze angeht. Und die vergangene Krise war schon ziemlich teuer. Wir können uns solche Krisen immer weniger leisten.

SPIEGEL: Ihre Vorschläge zielen auf den Umgang mit der vergangenen Krise. Sind sie auch geeignet, künftige Brandherde zu vermeiden?

Roubini: Ganz ist das wohl kaum möglich. Aber wenn Krisen zumindest seltener aufträten und nicht ganz so gefährliche Dimensionen erlangten, dann wäre dies schon ein toller Erfolg.

SPIEGEL: Professor Roubini, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Thomas Schulz und Alexander Jung in seinem Büro in New York.

Erfolgreicher im China-Business:

Jetzt 2x gratis Premium-Newsletter testen!

www.china-manager.de

Ihre Vorteile:

- Exklusives Wissen für Ihren Wettbewerbsvorteil
- Komprimierte Information von China-Experten
- Trends und Analysen zu Wirtschaft und Politik
- Hoher Nutzwert durch praxisorientierte Tipps
- 24 Ausgaben für 990 Euro im Jahr als PDF-Premium-Newsletter bequem per E-Mail
- Kostenfreie Mitgliedschaft in der exklusiven manager-lounge

Weitere Infos unter:
www.china-manager.de oder
Telefon +49/40/38 08 05 08.

chinamanager
Der Premium-Newsletter des manager magazin